

# Gegen die Hochpreisinsel, für Gleichbehandlung

- 15.09.2021
- [shn.ch](https://www.shn.ch) / Schaffhauser Nachrichten Online

In einer Welt, in der Güter von praktisch überall her bestellt werden können, erscheinen Zölle als ein Relikt längst vergangener Tage. Trotzdem gibt es sie noch. Sie schützen inländische Wirtschaftszweige vor internationaler Konkurrenz, und für den Staat sind sie eine Einnahmequelle. Unternehmen hingegen leiden unter erhöhten Beschaffungskosten für Rohstoffe aus dem Ausland. Und letztlich verteuern Zölle Waren wie Kleider, Schuhe, Staubsauger, Kaffeemaschinen, Velos und Autos sowie Rohstoffe oder Halbfabrikate.

Mitunter darauf führt der Bundesrat die höheren Preise in der Schweiz im Vergleich zum Ausland zurück. Er tritt der Hochpreisinsel Schweiz entgegen, indem er unter anderem die Industriezölle abschaffen will. Heute Mittwoch debattiert der Nationalrat zum zweiten Mal über das Geschäft, das alle Güter ausser Landwirtschaftsprodukte erfasst. Der Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter (SVP) hält die Aufhebung der Industriezölle für richtig. Sie würde das Schweizer Preisniveau mässigen und «den Einkaufstourismus wenigstens indirekt bekämpfen».

Mit der Vorlage könnten auch eine Ungleichbehandlung von Mann und Frau ausgeräumt werden. Bereits 1999 kritisierte Margrith von Felten, damalige Nationalrätin der Grünen, auf einem Damenblazer laste ein Zoll von 2.95 Franken, während der Aufschlag beim Herrenmodell nur 1.70 Franken betrage. «Nur wegen des Zolls zahlen Frauen im Geschäft einen erheblich höheren Preis beim Kleiderkauf», befand sie.

Im Jahr darauf wollte die Sozialdemokratin Jacqueline Fehr vom Bundesrat wissen, wie er derartige Unterschiede in einer Zeit rechtfertige, in der sich die Machart und Materialien von Männer- und Frauenkleidern angleichen. Fehr hatte deutliche Zolltarifdifferenzen zwischen Herren- und Damenseidenjacken festgestellt. Die Landesregierung antwortete, sie sei «bestrebt, diese Anomalie im geeigneten Zeitpunkt zu beseitigen.» Das geschah nicht, sodass die Aargauer Nationalrätin Yvonne Feri 2015 einen weiteren Anlauf nahm. Heute sagt sie: «Es ist mir noch immer wichtig, dass Produkte wie Kleider egalitär behandelt werden.

» Feri setzt sich seit Langem für die Gleichstellung ein. Sie wertet dieses Anliegen in der Diskussion um die Zolltarife als wichtig, auch wenn es sich nicht um ein wirtschaftliches Argument handle. Der Bundesrat relativiert, die Differenzen in der Zollbelastung beeinflussten den Endverkaufspreis nur geringfügig. Zudem könne der Grossteil der Kleider zollfrei importiert werden, weil zwischen der Schweiz und den wichtigsten Lieferanten – der EU und China – Freihandel bestünde. Der Grund für die ungleiche Bezollung liegt in einer Schweizer Eigenart: Anders als die anderen Staaten legt die Schweiz die Zollansätze pro 100 Kilogramm einer Ware fest.

Sie belaufen sich beispielsweise bei Damenblusen aus Baumwolle auf 165 Franken, bei Herrenhemden aus dem gleichen Stoff sind es 130 Franken. Als die Zölle festgelegt wurden, ging man davon aus, dass Damenkleider leichter und von höherem Wert seien. Für eine ausgewogene wertmässige Zollbelastung mussten somit die 100-Kilogramm-Tarife für Frauenkleider höher angesetzt werden. Das System ist anfällig auf Verzerrungen und Preisschwankungen, woraus sich schliesslich die höhere Belastung von Damenmode ergab. Für mehr Wettbewerbsfähigkeit Ob damit nun Schluss ist und ob der Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz weitergeht, hat der Nationalrat heute in der Hand.

In der ersten Beratung im Sommer 2020 stemmten sich Sozialdemokraten und Grüne gegen die Vorlage, während die Freisinnigen und Grünliberalen dafür, die SVP und die Mitte-Fraktion gespalten waren. Am Ende sagte die Mehrheit der grossen Kammer Nein. Der Ständerat sprach sich hingegen für die Vorlage aus. Hannes Germann (SVP) sagte, die Zölle erhöhten die Kosten

für die Unternehmen, wodurch Produktivität, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt würden. Damit folgte der Schaffhauser Ständerat einem Argument des Bundesrates, der mit den Zollerleichterungen den Firmen und den Konsumenten entgegenkommen möchte.

«In Branchen mit funktionierendem Wettbewerb werden die Preisvorteile an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben», schreibt er in seiner Botschaft. Wohl müsse der Bund mit Mindereinnahmen rechnen. Doch die Zollentlastung belebe die Geschäftsaktivität, weshalb der Fiskus mit höheren Steuereinnahmen rechnen könne, «die einen Teil des Einnahmeausfalls der Bundeskasse wieder kompensieren können». Beim Bund ergeben sich Mindereinnahmen, welche die Regierung auf rund eine halbe Milliarde Franken pro Jahr beziffert. Das entspricht rund 0,7 Prozent des Bundeshaushalts.

Markus Ritter (Die Mitte), Mitglied der Wirtschaftskommission, hält die Einnahmeausfälle für nicht verantwortlich, zumal der Bundesrat keine Gegenfinanzierung vorgeschlagen habe und der Druck auf die Bundesfinanzen ohnehin hoch sei. Ritter argumentierte mit den Ausgaben in der Coronapandemie. Der Bund hat im Jahr 2020 rund 15 Milliarden Franken zur Krisenbewältigung aufgewendet. Hinzu kamen Bürgschaften von gut 17,5 Milliarden. Für das laufende Jahr sind Mittel von 25 Milliarden Franken bewilligt.

Die Gegner der Vorlage zweifeln zudem, ob Firmen die Zollerleichterungen an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergeben. Überdies würde sich die Schweiz selbst eines Arguments für Verhandlungen um Freihandelsverträge berauben, wenn sie die Industriezölle auf null setze. Allerdings haben Industriezölle in Vertragsverhandlungen an Bedeutung verloren. Themen wie der Schutz von geistigem Eigentum oder Investitionen sind in den Vordergrund gerückt. Erteilt der Nationalrat dem Geschäft abermals eine Absage, ist es vom Tisch.

Die vorberatende Kommission beantragt dem Ratsplenum jedoch, auf die Vorlage einzutreten. Wenn der Nationalrat heute Mittwoch gegen die Aufhebung der Industriezölle stimmt, versenkt er eine Massnahmen gegen die hohen Schweizer Preise. Zudem würde eine seit Jahren kritisierte Ungleichbehandlung von Mann und Frau weiter bestehen. Nationalrat debattiert zum zweiten Mal über die Abschaffung der Industriezölle Für mehr Wettbewerbsfähigkeit Ist dieser Artikel lesenswert? Artikel teilen Kommentare (0) Reto Zanettin Geht es nach dem Bundesrat, sollen die Industriezölle abgeschafft werden. Heute Mittwoch debattiert der Nationalrat zum zweiten Mal darüber.